Prenzlau, den 16.02.2016 Tel. 03984/701007

Niederschrift der 7. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 08.02.2016 - öffentlicher Teil

Datum: 08.02.2016

Zeit: 17:00 Uhr –19:12 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Herr Herbert Heinemann SPD/BVB Herr Jürgen Hoppe SPD/BVB

CDU-Fraktion

Herr Dr. Hans-Otto Gerlach CDU Herr Josef Menke CDU Herr Siegfried Schön CDU

Fraktion DIE LINKE

Herr Reiner Prodöhl DIE LINKE Herr Günter Tattenberg DIE LINKE

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Achim Rensch BLR

FDP-Fraktion

Herr Klaus Scheffel FDP

Fraktion Grüne/RdUM

Frau Birgit Bader Grüne/RdUM (bis 18:44 Uhr)

Sachkundige Einwohner

Herr Thomas Simon SPD/BVB Frau Heidi Hartig DIE LINKE Herr Wolfgang Steffini CDU

Verwaltung

Herr Dietmar Schulze Landrat

Herr Bernd Brandenburg 1. Beigeordneter

Herr Roland Thom Amt für Kreisentwicklung, Wirtschaftliche

Infrastruktur, Tourismus

Schriftführer

Herr Wolfgang Gerhardt Büro des Landrates /

Büro des Kreistages

Gäste

Herr Lars Boehme Geschäftsführer Uckermärkische

Verkehrsgesellschaft mbH (UVG)

Frau Brigitte Eikemper-

Gerlach

für Finanzen und Rechnungsprüfung

Sachkundige Einwohnerin - Ausschuss

Abwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Herr Burkhard Fleischmann SPD/BVB entschuldigt

Herr Olaf Theiß SPD/BVB

CDU-Fraktion

Herr Reinhold Klaus CDU

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Hoppe begrüßt die Mitglieder des REA, den Landrat Herrn Schulze, den 1. Beigeordneten Herrn Brandenburg, den kommissarischen Dezernent III Herrn Falke, die weiteren Mitarbeiter der Verwaltung, alle Gäste und den Vertreter der Medien.

Herr Hoppe stellt fest, dass 10 Abgeordnete und 3 sachkundige Einwohner des Ausschusses anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Hoppe stellt fest, dass die Tagesordnung den Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

In Ergänzung der heutigen Tagesordnung bittet Herr Hoppe noch um Behandlung einer zusätzlichen Anfrage zur Beschlussvorlage BV/450/2016 (AF/471/2016). Wegen ihres Sachzusammenhangs schlägt Herr Hoppe vor, die Anfrage als TOP 8.1 im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage BV/450/2016 zu behandeln.

Herr Hoppe informiert, dass Herr Heinemann zu Beginn der heutigen Sitzung noch zwei Anfragen zu den Tagesordnungspunkten 10 und 12 eingereicht hat. Es handelt

sich um Anfragen zu den Drucksachen BV/459/2016 und BV/463/2016 (Die Anfragen wurden im Nachgang zur Sitzung als AF/476/2016 und AF/477/2016 registriert). Wegen des unmittelbaren Sachzusammenhang schlägt Herr Hoppe vor, die Anfragen im Zusammenhang mit den entsprechenden Tagesordnungspunkten zu behandeln

Des Weiteren teilt Herr Hoppe mit, dass noch eine Beschlussvorlage - Übergabe der Rettungswache Gartz (BV/472/2016) – in der heutigen Sitzung zu behandeln ist. Er schlägt vor, die Beschlussvorlage als TOP 11, hinter der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Notfallrettung, in die Tagesordnung einzuordnen.

Der Landrat weist abschließend noch auf einen Antrag der CDU-Fraktion – Breitbandausbau im Landkreis Uckermark vorantreiben (AN/475/2016) – hin, der zur Beratung im Kreistag am 02.03.2016 vorgesehen ist. Wegen der speziellen Thematik zum Breitbandausbau kündigt der Landrat an, im Zusammenhang mit dem TOP 12 - Machbarkeitsplanung zum Breitbandausbau – auch kurz zu diesem Antrag Stellung zu nehmen.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Hoppe informiert, dass keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der so ergänzten Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

- 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
- 3. Bestätigung des Protokolls der 6. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 16.11.2015 öffentlicher Teil
- 4. Informationen
- 5. Einwohnerfragestunde
- 6. Anfragen
 - 6.1 Förderfähigkeit der Uckermark in einem Grosskreis AF/470/2016
- 7. Anträge
- Änderung des öffentlichen Dienstleistungsvertrages (Verkehrsvertrag) im öffentlichen Personennahverkehr mit der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft (BV 340/2015)

BV/450/2016

- 8.1 Anfrage zur Beschlussvorlage BV/450/2016 AF/471/2016
- Gemeinsame Beschaffung eines Einsatzleitwagens und Abschluss einer Vereinbarung zur gemeinsamen Unterhaltung mit dem Landkreis Barnim BV/449/2016

 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die gegenseitige Hilfe in der Notfallrettung zwischen dem Landkreis Uckermark und dem Landkreis Barnim

BV/459/2016

10.1 Anfragen zu BV/459/2016 AF/471/2016

11. Übergabe der Rettungswache Gartz

BV/472/2016

12. Machbarkeitsplanung zum Breitbandausbau

BV/463/2016

12.1 Anfragen zu BV/463/2016 AF/471/2016

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der so ergänzten Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Hoppe informiert, dass keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

zu TOP 3: Bestätigung des Protokolls der 6. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 16.11.2015 - öffentlicher Teil

Herr Hoppe stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen das Protokoll der 6. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 16.11.2015 - öffentlicher Teil eingegangen sind und das Protokoll damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Herr Hoppe stellt fest, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Hoppe merkt an, dass es keine Fragen seitens der Einwohner des Landkreises gibt.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Hoppe teilt mit, dass keine Anfragen vorliegen.

zu TOP 6.1: Förderfähigkeit der Uckermark in einem Grosskreis Vorlage: AF/470/2016

Der Landrat weist darauf hin, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 05.02.2016 erhalten hat.

Er fragt Herrn Dr. Gerlach, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Dr. Gerlach bestätigt wird.

Der Landrat macht anschließend noch einige vertiefende Ausführungen zu der vorliegenden schriftlichen Beantwortung der Anfragen.

zu TOP 7: Anträge

Herr Hoppe merkt an, dass keine Anträge vorliegen.

zu TOP 8: 1. Änderung des öffentlichen Dienstleistungsvertrages (Verkehrsvertrag) im öffentlichen Personennahverkehr mit der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft (BV 340/2015)

Vorlage: BV/450/2016

Herr Brandenburg merkt an, dass der Verkehrsvertrag hinsichtlich europarechtlicher Vorgaben zu überarbeiten war und konkretisierende und klarstellende Ergänzungen vorgenommen wurden. So wurde unter anderem die Subunternehmerquote festgelegt und auch klargestellt, dass die Erträge aus Fahrgelderlösen auch tatsächlich bei der UVG mbH verbleiben. Herr Brandenburg geht anschließend auf einzelne Änderungen des Verkehrsvertrages ein.

Der Landrat weist u. a. darauf hin, dass es zurzeit noch keine Aussagen darüber gibt, wie hoch die zukünftigen Regionalisierungsmittel des Bundes für den öffentlichen Nahverkehr der Länder ausfallen werden. Er hält dieses für eine vom Kreis nicht zu beeinflussende Unsicherheit, die auch Einfluss auf den ÖPNV des Landkreises hat.

Auf entsprechende Nachfragen von Herrn Dr. Gerlach merkt Herr Brandenburg an, dass es hinsichtlich der zukünftigen Regionalisierungsmittel des Bundes noch Verteilungskämpfe unter den einzelnen Bundesländern und auch innerhalb des Verkehrsverbundes Brandenburg geben wird.

Herr Dr. Gerlach begrüßt jedoch ausdrücklich die Absicht des Landkreises, das bisherige Verkehrsangebot des ÖPNV im Landkreis Uckermark auch zukünftig zu erhalten.

Herr Hoppe dankt dem Landrat für die umfangreichen Ausarbeitungen im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage zur 1. Änderung des öffentlichen Dienstleistungsvertrages (Verkehrsvertrag).

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, die Beschlussvorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 8.1: Anfrage zur Drucksache BV/450/2016 Vorlage: AF/471/2016

Herr Hoppe macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 03.02.2016 erhalten hat. und allen übrigen Kreistagsabgeordneten ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Dr. Gerlach, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Dr. Gerlach bestätigt wird.

zu TOP 9: Gemeinsame Beschaffung eines Einsatzleitwagens und Abschluss einer Vereinbarung zur gemeinsamen Unterhaltung mit dem Landkreis Barnim Vorlage: BV/449/2016

Herr Brandenburg begründet die Beschaffung eines Einsatzleitwagens (ELW 2) u. a. mit der Notwendigkeit der Schaffung einer gemeinsamen mobilen Leitstelle der Landkreise Uckermark und Barnim, um auf mögliche zukünftige Großschadensereignisse vorbereitet zu sein.

Zu Nachfragen von Herrn Rensch zur Ausstattung und Größe des zu beschaffenden ELW 2 nimmt Herr Brandenburg Stellung.

Frau Bader hinterfragt angesichts der zu erwartenden Anschaffungskosten die Einsatzhäufigkeit einer mobilen Leitstelle in der Vergangenheit.

Der Landrat nimmt auf das letzte Oderhochwasser Bezug, in der eine mobile Leistelle vor Ort erforderlich gewesen war.

Herr Brandenburg warnt davor, die geplante Anschaffung von einer möglichst hohen Einsatzhäufigkeit abhängig zu machen. Vielmehr soll sie dazu dienen, um bei Großschadensereignissen im Rahmen des Katastrophen- und des Zivilschutzes schnell eine gemeinsame mobile Leitstelle beider Landkreise vor Ort zu haben.

Auf Nachfrage der Ausschussmitglieder zur Gesamtfinanzierung und zur Höhe des Förderanteils für die geplante Beschaffung eines ELW 2 sagt der Landrat zu, entsprechende Informationen bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 16.02.2016 nachzureichen.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, die Beschlussvorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 10: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die gegenseitige Hilfe in der Notfallrettung zwischen dem Landkreis Uckermark und dem Landkreis Barnim

Vorlage: BV/459/2016

Der Landrat begründet den Abschluss der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Landkreisen Uckermark und Barnim mit der Notwendigkeit einer Landkreisgrenzen überschreitenden gegenseitigen Hilfe bei der Notfallrettung, die im Interesse beider Landkreise liegt.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, die Beschlussvorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 10.1: Anfragen zu BV/459/2016

Vorlage: AF/476/2016

Herr Heinemann trägt seine schriftlich eingereichten Anfragen nochmals mündlich vor.

Der Landrat und Herr Brandenburg nehmen hierzu Stellung und weisen darauf hin, dass eine ausführliche Beantwortung der Anfragen noch schriftlich erfolgen wird.

zu TOP 11: Übergabe der Rettungswache Gartz Vorlage: BV/472/2016

Der Landrat begründet die beabsichtigte Übergabe der Rettungswache Gartz an die Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mbH (UDG).

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Gerlach zu möglichen anderen Fällen der Übertragung von Rettungswachen bestätigt Herr Brandenburg, dass weitere Übertragungen angedacht sind. Er teilt jedoch mit, dass eine schrittweise Übertragung vorgesehen ist, um die UDG nicht zu überfordern.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, die Beschlussvorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 12: Machbarkeitsplanung zum Breitbandausbau Vorlage: BV/463/2016

Herr Thom nimmt zur Beschlussvorlage Stellung und berichtet über die bisherigen Ergebnisse beim Breitbandausbau in der Uckermark, die durch die mittlerweile abgeschlossene Umsetzung der "Glasfaserstrategie 2020" des Landes Brandenburg erreicht wurden. Er merkt an, dass trotz großer Fortschritte bei der flächendeckenden Breitbandversorgung bisher nicht alle Orte in der Uckermark versorgt werden konnten. Diese bisher unversorgten Orte sollen nun in einem neuen Breitbandausbauprojekt des Bundes Berücksichtigung finden. Herr Thom teilt mit, dass mit der vorliegenden Drucksache beim Bund die 100%ige Förderung einer extern zu erstellenden Machbarkeitsstudie beantragt werden soll, um anschließend einen effektiven Einsatz der neuen Fördermittel des Bundes zum weiteren Breitbandausbau in der Region zu gewährleisten.

Der Landrat berichtet über die bisherige Verfahrensweise zur Inanspruchnahme von Fördermitteln für den Breitbandausbau in der Uckermark und weist darauf hin, dass die vorgesehene Machbarkeitsplanung zum Breitbandausbau in voller Höhe aus Bundeszuweisungen finanziert wird. Er spricht anschließend den Antrag der CDU-Fraktion – Breitbandausbau im Landkreis Uckermark vorantreiben (AN/475/2016) - an und bemängelt, dass dieser nur für den Kreistag vorgesehen ist und nicht auch in den Fachausschüssen diskutiert werden soll. Der Landrat geht auf einzelne Punkte des Antrages ein und merkt u. a. an, dass er keinen Sinn darin sieht, mindestens 10 Veranstaltungen zu den Möglichkeiten des Breitbandausbaus zu organisieren. Er weist in diesem Zusammenhang auf die zeitnahe Kommunikation zwischen dem Landkreis, den Kommunen und allen beteiligten Akteuren hin, wodurch diese ständig

und aktuell über zukünftige Vorhaben sowie den Stand der Umsetzung des Breitbandausbaus in der Uckermark informiert werden. Der Landrat bittet deshalb die CDU-Fraktion, die Aufrechterhaltung ihres vorliegenden Antrages nochmals zu überdenken.

(Frau Bader geht um 18:44 Uhr.)

Herr Thom berichtet u. a., dass es seitens des Landkreises halbjährliche Informationen an die Gemeinden und Ämter zum Sachstand der Umsetzung der "Glasfaserstrategie 2020" gegeben hat und auch die beabsichtigte Machbarkeitsstudie nach ihrer Fertigstellung öffentlich bereitgestellt werden soll, um Bürgern und Kommunen die Möglichkeit der Stellungnahme zu geben.

Auf Nachfrage von Herrn Menke zu den in Frage kommenden Firmen für die Erstellung der Machbarkeitsstudie sowie zum Umfang und den Grenzen der Aufgabenstellung nimmt Herr Thom Stellung.

Herr Thom merkt an, dass ein normales technisches Planungsbüro mit der Erstellung der Machbarkeitsstudie beauftragt werden kann und in der Aufgabenstellung die Breitbandversorgung bis auf einzelne Haushaltsebenen runtergebrochen werden soll.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, die Beschlussvorlage zu beschließen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja: einstimmig

zu TOP 12.1: Anfragen zu BV/463/2016 Vorlage: AF/477/2016

Der Landrat nimmt mündlich zu den Einzelfragen Stellung und weist in diesem Zusammenhang auf die von Bund und Land praktizierte vorrangige Förderung kreislicher Planungen zum Breitbandausbau hin. Er teilt mit, dass es keine 100%ige Förderung für kommunale Planungen geben wird.

zur Kenntnis genommen:

gez. Jürgen Hoppe Ausschussvorsitzender gez. Dietmar Schulze Landrat

gez. Wolfgang Gerhardt Schriftführer